

# Pressemitteilung

30. September 2022

## **Vielen sozialen Einrichtungen droht die Insolvenz**

Der Paritätische Hessen fordert Nothilfe angesichts steigender Kosten

Mit Beginn der Heizperiode spitzt sich die Krise nicht nur für einkommensschwache Haushalte zu. Auch die soziale Infrastruktur in Hessen ist zunehmend bedroht. „Soziale Einrichtungen brauchen jetzt umgehend Nothilfe, andernfalls stehen viele vor der Insolvenz“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen. Betroffen sind Kitas, Jugendhilfeangebote, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, alte oder geflüchtete Menschen, ambulante Dienste und Beratungsstellen ebenso wie stationäre Einrichtungen. Sie rechnen teilweise mit einer Verzehnfachung der Kosten für Gas und Strom, hinzu kommen die explodierenden Lebensmittel- und Lebenshaltungskosten. Auch die Personalkosten werden steigen, da die Inflation in den Tarifverhandlungen berücksichtigt werden muss.

Die jetzige Situation war unvorhersehbar und konnte daher bei den finanziellen Planungen nicht berücksichtigt werden. Öffentliche Zuschüsse für die soziale Infrastruktur werden langfristig vereinbart. Nun sind alle Kostenträger wie Pflege- und Krankenkassen, der Landeswohlfahrtsverband oder die Kommunen aufgerufen, kurzfristig nachzuverhandeln, um die Existenz sozialer Einrichtungen zu sichern.

### **Schutzfonds für die Daseinsvorsorge**

Zudem müssen Bund und Länder unter Beteiligung der Wohlfahrtsverbände schnellstens einen Schutzfonds für soziale Einrichtungen und Dienste auf den Weg bringen. Anderenfalls droht das Wegbrechen einer elementaren Säule der Daseinsvorsorge mit verheerenden Konsequenzen für alle, die auf Hilfe, Beratung und Unterstützung angewiesen sind. Gemeinnützige Organisationen können anders als privatwirtschaftliche Unternehmen kaum Rücklagen für Krisensituationen bilden. Sie können die steigenden Kosten auch nicht an ihre Klient\*innen weitergeben, die ebenfalls stark unter der Inflation leiden.

„Mit dem heutige Sozialgipfel hat die Landesregierung einen ersten wichtigen Schritt getan“, so Dr. Yasmin Alinaghi: „Um Menschen mit geringem Einkommen und die soziale Infrastruktur durch den Winter zu bringen, müssen nun konkrete und umfangreiche Maßnahmen folgen. Dafür sollte der Austausch zwischen dem Land und allen Wohlfahrtsverbänden zur Krisenbewältigung verstetigt werden.“

### **Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:**

Annette Wippermann  
Referentin für Grundsatzfragen  
Telefon: 069/955 262-29  
E-Mail: [annette.wippermann@paritaet-hessen.org](mailto:annette.wippermann@paritaet-hessen.org)

---

**Der PARITÄTISCHE Hessen** ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

**Der PARITÄTISCHE Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5  
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0  
Fax: 069 551292

E-Mail: [info@paritaet-hessen.org](mailto:info@paritaet-hessen.org)  
[www.paritaet-hessen.org](http://www.paritaet-hessen.org)